



**Politik gegen Aussonderung**  
**Koalition für Integration und Inklusion**

**Vorstand:**

Prof. Dr. Anne-Dore Stein

EH Darmstadt

Zweifalltorweg 12

64293 Darmstadt

Vorstand@politik-gegen-aussonderung.net

Darmstadt, 3.11.2023

**Einladung zur zweiten Arbeitskonferenz (online)**

**Strategiediskussion zur Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche  
Inklusion des Deutschen Bundestages**

**Zeit: Samstag, 11.11.2023, 13.00 – 16.00 Uhr**

<https://eu01web.zoom.us/j/61946205999?pwd=UFN3YmVWd0tqdk55UUVQbmYvdWJldz09>

Liebe Mitglieder und Interessierte,

am 21.10.2023 haben wir die erste Arbeitskonferenz in Bezug auf die Einrichtung einer Enquete-Kommission **Gesellschaftliche Inklusion** durchgeführt.

Wesentlicher Diskussionspunkt war, wie vor dem Hintergrund scheinbar `drängenderer` Fragen im gesellschaftlichen und medialen Diskurs wie der Krieg in der Ukraine, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel, der Energie- und Klimakrise, den Auswirkungen der Pandemie usw. die Bedeutung der **Frage nach der Umsetzung der menschenrechtlichen Forderung nach Inklusion als Gesellschaftsfrage und Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt** in den Fokus des Parlaments gerückt werden kann.

Wie kann Parlamentarier\*innen deutlich gemacht werden, dass die Realisierung von Inklusion, also die Einbeziehung und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen von **allen** Gesellschaftsmitgliedern einen Wesensbaustein demokratischer Gesellschaften darstellt, die von Politik sicherzustellen ist? Der Bundesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel adressiert dies mit seiner These: **Demokratie braucht Inklusion.**

Zur Einordnung:

Der Name unseres Vereins: **Politik gegen Aussonderung** – Koalition für Integration und Inklusion, erfährt derzeit nochmals eine Bestätigung in seiner Ausrichtung und Ursprungsidee der Repolitisierung der Diskussion um Integration und Inklusion:

Es geht uns um die Identifizierung und Überwindung ausgrenzender (Gesellschafts-) Strukturen – dies über Aufklärung im eigentlichen Sinne und durch den darüber

herzustellenden **Widerstreit** im gesellschaftlichen Diskurs, Widerstreit im Sinne des französischen Philosophen Lyotards, der sich mit diesem Begriff mit der Bedeutung von Gesellschaftsfragen auseinandergesetzt hatte, die gerade als solche NICHT im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen werden. So wird auch die Frage der Teilhabe behinderter Menschen noch immer im Wesentlichen als **Herforderung/Problem** von dafür ausgebildeten Fachleuten gesehen und eben NICHT als **Frage an das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft**.

Das **Recht, Rechte zu haben** ( Ahrendt) wird – wie vom UN-Fachausschuss zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aktuell wieder herausgestellt – besonders dieser Personengruppe in vielen Bereichen individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens in besonders hohem Maße vorenthalten.

Strukturelle Ausgrenzung in Sonderwelten, unzureichende Unterstützungsstrukturen in regulären Lern-, Arbeits- und Lebenszusammenhängen sind historisch und aktuell nach wie vor in hohem Masse die gesellschaftliche **Antwort** auf biologische, psychische und/oder soziale, sozio-ökonomische Beeinträchtigungen und Benachteiligungen von in unterschiedlichster Weise hiervon betroffenen Menschengruppen. Zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer/Zick) als **Gesellschafts-Klima** führen zum Gegenteil dessen, was Oskar Negt mit einem **friedensfähigen Gemeinwesen** benannt hat.

Diesen Zusammenhang als **Frage der politischen Verantwortung des Parlaments** zum Gegenstand zu machen und damit dazu beizutragen, haltende Strukturen für ein demokratisches Gemeinwesen gegen allgegenwärtige gesellschaftliche Ausgrenzung zu errichten, ist das Ziel des Vorhabens, Parlamentarier\*innen für die Unterstützung dieses Prozesses durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion zu gewinnen.

In der zweiten Arbeitskonferenz am 11.11. 2023 sollen weitere strategische Schritte diskutiert werden, die – so die Planung - in eine Konferenz im März 2024 münden sollen, an der Organisationen und Personen aus möglichst vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt werden sollen, um deutlich zu machen, dass wir nicht (**nur**) um eine bildungspolitische Forderung kämpfen, sondern Inklusion eine Gesellschaftsfrage ist, die das Potenzial hat, demokratiefeindliche Kräfte abzuwehren und auf eine humane, d.h. **menschengemäße Gesellschaft** hinzuwirken!

Zunächst soll es aber um die Verabredung weiterer Schritte und Vorhaben gehen, Parlamentarier\*innen für dieses Vorhaben zu gewinnen. Dazu ist jeder Kontakt wichtig!!!

Wir freuen uns also über eine rege Beteiligung an unserem Arbeitstreffen, das in weiteren öffentlichen Arbeitskonferenzen noch in diesem Jahr fortgesetzt werden wird.

Mit freundlichem Gruß

Anne-Dore Stein (Vorsitzende)

